

Haushaltsrede
zur Einbringung des Haushaltsplanes 2017
Bürgermeister Dr. Peter Lüttmann

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Mitglieder des Rates,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

bei der Haushaltseinbringung im letzten Jahr war ich gerade erst im Amt, heute ist mein erstes Jahr fast „rum“ – und die Zeit ist wie im Flug vergangen.

Sie sehen aber: Ich kann noch lachen!

Wie im letzten Jahr möchte ich die Haushaltseinbringung mit einem Dank beginnen, genauer gesagt möchte ich zweimal „Danke“ sagen. Zunächst ein Dank an unseren Kämmerer, Herrn Krümpel, und auch an Herrn Wullkotte und dem gesamten Team der Kämmerei für die Erstellung des Haushaltsplanentwurfes.

Ich möchte mich aber auch bei Ihnen, liebe Ratsmitglieder, bedanken. Angetreten bin ich mit dem Ziel „Für ein anderes Miteinander“ einzutreten.

Mein Eindruck ist: Rat und Verwaltung haben im vergangenen Jahr gut zusammengearbeitet. Die meisten Entscheidungen sind einstimmig getroffen worden und die Art und Weise, wie Streitige Themen diskutiert wurden, macht doch Hoffnung. Und: Zum ersten Mal sind Politik und Verwaltung beim AOK-Firmenlauf gemeinsam angetreten! Wenn wir gemeinsam doch etwas für Rheine bewegen wollen, dann können wir uns auch gemeinsam in Rheine bewegen.

Merken Sie sich schon den 01.09.2017 vor, dann soll der 12. AOK-Firmenlauf starten ... und ich habe nach wie vor das Ziel, mindestens 100 Läuferinnen und Läufer an den Start zu bringen!

Nicht, dass es vor lauter Gemeinsamkeit zu kuschelig wird: Gerne können wir im nächsten Jahr auch mal gegeneinander antreten, z. B. beim Elefantenrennen auf der Ems oder wir sollten über ein Fußballspiel nachdenken: Rat gegen Verwaltung ... den Erlös aus Eintrittsgeldern oder aus den Fernsehgeldern können wir ja spenden!

Aber nun zum eigentlichen Thema: Der Haushalt 2017.

In einer Klausurtagung im April hat sich der Verwaltungsvorstand eingehend mit der strategischen Haushaltskonsolidierung beschäftigt. Der Ver-

waltungsvorstand ist sich einig - und hat auch entsprechend alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rathaus und auch den Personalrat darüber informiert - dass wir in den nächsten Jahren folgende Ziele mit Hochdruck verfolgen werden:

Wir wollen einen regelmäßigen Ausgleich im Ergebnisplan erzielen, d. h. auf Dauer nicht mehr ausgeben, als wir einnehmen.

Wir wollen im Ergebnisplan Verbesserungen in der Größenordnung von mindestens 3 Millionen Euro erzielen (bis 2020).

Und wir wollen stetig Aufgaben- und Organisationskritik üben, kurzfristig keine Stellenvermehrungen haben bzw. nur dann, wenn es zwingende gesetzliche Gründe gibt oder wenn sie vollständig refinanziert sind. Mittel- und langfristig soll eine Stellenkonsolidierung erfolgen. Letztlich sollen seitens der Verwaltung grundsätzlich keine neuen freiwilligen Aufgaben angestoßen werden, die nicht gegenfinanziert sind.

Die Fraktionen des Rates haben sowohl die interne Vorlage des Verwaltungsvorstands als auch das Mitarbeiterschreiben zur Kenntnis bekommen. Wir wollen hier größtmögliche Transparenz.

Das Wichtigste vorweg:

Zum ersten Mal seit Einführung des NKF, also seit 2006, werden wir einen Haushalt einbringen, der kein Defizit ausweist, sondern in der Planung einen Überschuss von rd. 179.000 Euro hat.

Die Hebesätze für die Grundsteuer A und B und die Gewerbesteuer bleiben aus Sicht der Verwaltung unverändert. Trotz eines kleinen Überschusses, können wir hier noch keine Entlastung anbieten.

Im Bereich der Grundsteuer B muss das aber unser Ziel bleiben, zumindest mit dem Hebesatz im Mittelfeld zu liegen.

Vergleicht man die Hebesätze aller 35 großen kreisangehörigen Städte in Nordrhein-Westfalen, so haben 21 Städte bei der Grundsteuer B einen niedrigeren Hebesatz als Rheine, 2 Kommunen einen Hebesatz wie Rheine und 11 einen höheren Hebesatz. Ich habe nach wie vor das Ziel, dass wir bald wieder - aus Sicht des Bürgers - in der ersten Hälfte sind.

Bei der Gewerbesteuer liegen wir übrigens auf Platz 4. Das heißt: Nur 3 der 35 großen kreisangehörigen Städte haben bei der Gewerbesteuer einen niedrigeren Hebesatz als wir in Rheine. Das ist doch ein wirtschaftsfreundlicher Wert! Das kann von mir aus auch so bleiben!

Ich werde in meiner Haushaltsrede nur auf einige, wenige Punkte eingehen. Herr Krümpel wird Ihnen das Zahlenwerk gleich noch in bekannter und bewährter Form vorstellen.

Meine Damen und Herren,

ich habe noch in guter Erinnerung, dass der Rat im letzten Jahr 10,4 zusätzliche Stellen genehmigt hat, die hauptsächlich durch die Flüchtlingszuweisungen und andere Aufgabenerweiterungen begründet waren. Ich habe das als Vertrauensvorschuss gewertet. Mein Ziel war es, für das Jahr 2017 ohne zusätzliche Stellen auszukommen. Dieses Ziel haben wir faktisch erreicht. Ich möchte, dass wir bei diesem Thema Transparenz haben. Zum ersten Mal finden Sie deshalb in der Anlage zum Gesamtstellenplan eine Übersicht über die befristet eingerichteten Stellen.

Zunächst zum Personalaufwand: Für das nächste Jahr planen wir mit einem Gesamtaufwand von rd. 33,7 Mio. Euro, das ist gegenüber dem Planungsansatz für das Jahr 2016 eine Steigerung von rd. 1,3 Mio. Euro, also ein Plus von 4,1 %.

Der Entwurf zum Gesamtstellenplan 2017 beinhaltet zwar einen Zuwachs von nominal +0,75 Stellen. Insgesamt konnte die Zielsetzung, keine wesentlichen Stellenplanausweitungen zum Haushaltsplan 2017 zuzulassen, aber erreicht werden. Die wirtschaftlichen Auswirkungen durch den Stellenzuwachs bzw. durch die Stellenreduktion verhalten sich insgesamt in der Haushaltsplanung ergebnisneutral. Es ist aus der Vorlage zum Gesamtstellenplan ersichtlich, dass innerhalb der Verwaltung das Ziel besteht, zusätzliches Personal für zusätzliche Aufgaben im Wesentlichen durch organisatorische Maßnahmen zu generieren.

Bedenken Sie bitte, dass die o. g. Stellenplanausweitung um 0,75 Stellen ohne die Verlagerung von Aufgaben aus dem Bereich der Technischen Betriebe AÖR zum „neuen“ Produkt „Umwelt und Klimaschutz“ nicht zum Tragen gekommen wäre (Zuwachs 1 Stelle, refinanziert durch die TBR).

Auch muss berücksichtigt werden, dass für die Fachstelle Migration und Integration eine Leitungsstelle ohne Ausweitung des Stellenplans aufgrund von organisatorischen Maßnahmen bereitgestellt wurde.

Bedenkt man, dass der Kreis Steinfurt uns mitgeteilt hat, dass er für das nächste Jahr über 50 zusätzliche Stellen benötigt, wird deutlich, dass wir hier in Rheine alles unternehmen, um im Saldo eben keine zusätzlichen Stellen aufzubauen. Für 2018 wird das vielleicht nicht mehr gelingen, es wird sich zeigen, welche bislang befristete Stellen (die nicht im Stellenplan geführt werden) noch in dauerhafte Stellen umzuwandeln sind.

Auch wenn die Flüchtlingszahlen aktuell gesunken sind: Integration bleibt eine Mammutaufgabe, die uns politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich weiterhin fordern wird. Integration braucht Zeit, ist aber auch nicht neu. Wichtig ist, dass wir schnell Perspektiven für die Zuwanderer schaffen. Die

meisten haben den Wunsch, selbstbestimmt für das eigene Leben zu sorgen.

Den ersten Ansatz zur Verselbständigung schafft die Stadt Rheine bereits mit der Umsetzung des dezentralen Unterbringungskonzeptes. Dieser Ansatz setzt sich mit den dezentralen Beratungsbüros der Fachstelle Migration und Integration fort. Die Büros sind eine wichtige Anlaufstelle. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter helfen bei der Orientierung im Alltag, kümmern sich um den Zugang zu Bildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche. Die Büros sind zudem erste Anlaufstelle für Sprachkurse.

Besonderes Qualitätsmerkmal in Rheine ist die Sprachoffensive, die Alphabetisierungs- und Sprachkurse für Zuwanderer bietet, die noch keinen Zugang zum Integrationskurs haben. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Zugänge zu Arbeit setzen Sprache voraus. Sprache ist zudem die Basis, um Kultur und Werte zu transportieren. Daher wurden im Haushaltsplanentwurf, die Mittel für das Kursangebot im Rahmen der Sprachoffensive um 20.000 € auf insgesamt 35.000 € im Jahr 2017 aufgestockt.

Neue Impulse werden sich auch durch das am 5. August 2016 in Kraft getretene Integrationsgesetz des Bundes ergeben. Die darin vorgesehenen Arbeitsgelegenheiten für Flüchtlinge, die sog. Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen, ermöglichen einen ersten niedrigschwelligen Zugang zum Arbeitsmarkt. Hier kommt aber auch ein erhöhter Aufwand auf die Stadt Rheine zu, die selbst Arbeitsgelegenheiten schaffen kann, geeignete Personen an Maßnahmenträger vermitteln muss und bei Nichtteilnahme auch Sanktionierungsmöglichkeiten hat.

Insgesamt zeigt sich, dass wir mit der Neuorganisation der Fachstelle Migration und Integration, die seit Mai auch die Ausländerbehörde und den Bereich Hilfen für Asylbewerber umfasst, eine wichtige Voraussetzung für die Gestaltung des Integrationsprozesses geschaffen haben.

Eine weitere wesentliche Aufgabe der Fachstelle in diesem und im nächsten Jahr wird die Fortschreibung des städtischen Migrations- und Integrationskonzeptes sein. Hier liegen wir im Zeitplan. Das aktualisierte Integrationskonzept soll im Frühjahr 2017 vom Rat verabschiedet werden. Beides, Integrationskonzept und neue Verwaltungsstruktur, konnte ich auf Einladung des nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindegewerks bei der Bürgermeistertagung zum Thema Integration vorstellen. Dass wir in Rheine eine neue Fachstelle für Migration und Integration haben, war am 18. September sogar in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung zu lesen.

Ich meine, wir sind auf dem richtigen Weg und haben im letzten Jahr eine Menge erreicht, die Kooperation mit den vielen ehrenamtlichen Kräften gelingt heute deutlich besser. Viele ehrenamtliche Kräfte helfen mit, dass

Integration gelingt. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, und da spreche ich sicher für den gesamten Rat, mich für diesen Einsatz zu bedanken.

Meine Damen und Herren,

mit der Kita Am Thieberg haben wir die 39. Kita in unserer Stadt eröffnet. Im nächsten Jahr folgt die 40. Kita (am Deisterweg). Gleichzeitig werden wir im nächsten Jahr noch 2 zusätzliche Kita-Gruppen links der Ems einrichten müssen.

Das Budget für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen oder in der Tagespflege ist eines der größten Budgets im Haushalt der Stadt Rheine. Die steigenden Kinderzahlen und die größeren Betreuungsumfänge lassen das Budget stetig wachsen. Auch die verbesserte Vergütung an die Träger schlägt zu Buche, sodass sich gegenüber dem Vorjahr das Budget um 7 %, also um rd. 784.000 € erhöht.

Ab Mitte 2017 steigen die Elternbeiträge – bedingt durch den Landesgesetzgeber - um 3 % statt wie bislang um 1,5 %, so dass die Eltern sich auch im angemessenen Maße an der verbesserten Vergütung der Träger beteiligen.

Der Rat hat im Juli die neue gemeinsame Elternbeitragssatzung, d. h. für den Elementar- und den Primarbereich beschlossen. Sie greift erst ab 01.08.2017, die Eltern haben Planungssicherheit. Sie enthält lediglich moderate Erhöhungen. Bei einem Einkommen bis 60.000 Euro liegt der zusätzliche Kita-Beitrag bei einer 25-Stunden-Buchung im Monat bei 2,01 Euro und bei einer 35-Stunden-Buchung bei 2,24 Euro. Bedenkt man, dass der Gesetzgeber einen Anteil der Elternbeiträge von 19 % vorsieht, wir in Rheine aber bei unter 15 % liegen, wird deutlich, dass wir rund 1 Million Euro eben nicht über die Elternbeiträge einziehen.

Bei Gesamtkosten von rd. 23,3 Mio. Euro für die Kitas in unserer Stadt kann absolut keine Rede davon sein, dass wir über Elternbeiträge unseren Haushalt sanieren wollen.

Neben den laufenden Betriebskosten wird die Stadt Rheine auch weiter in den Ausbau der Kindertageseinrichtungen investieren. So wurden im Finanzplan der nächsten 4 Jahre insgesamt rd. 1,4 Mio. Euro eingestellt, um notwendige Sanierungsmaßnahmen an bestehenden Kindertageseinrichtungen und die Einrichtungskosten für weitere neue Kindertageseinrichtungen finanzieren zu können.

Meine Damen und Herren,

noch ein paar Sätze zur Kinder- und Jugendarbeit in unserer Stadt.

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wurde in der Jugendhilfeausschusssitzung im Dezember 2014 das Jugendamt beauftragt, die hauptamtlich strukturierte Jugendarbeit zu prüfen. Ende Dezember 2014 wurden die Verträge mit den Trägern gekündigt. Zur Gestaltung der neuen Verträge fanden in den Jahren 2015/2016 intensive Gespräche zwischen den Trägern der Einrichtungen, der Verwaltung des Jugendamtes und den politischen Vertretern statt. Im Jugendhilfeausschuss wurden dann am 16. Juni 2016 die abgestimmten Eckdaten für die neuen Verträge beschlossen. Folgende Träger erhalten Ende des Jahres ihre Verträge:

1. Katholisches Jugendwerk Rheine e. V.
2. Katholisches Jugendwerk Mesum e. V.
3. Evangelische Kirchengemeinde Jakobi zu Rheine
4. Jugend- und Familiendienst Rheine e. V.
5. Stadtjugendring Rheine e. V.

Durch diese Umstrukturierung und Anpassung im Bereich der Haushaltsplanungen sind für das Haushaltsjahr 2017 Einsparungen in Höhe von 18.194 Euro möglich.

Mir ist aus zahlreichen Gesprächen mit den in unserer Stadt Aktiven der Kinder- und Jugendarbeit deutlich geworden, dass keine weiteren Einsparungen im Bereich der hauptamtlich strukturierten offenen Kinder- und Jugendarbeit möglich sind. Das Ende der Fahnenstange ist hier erreicht!

Das Projekt „Soziale Stadt“ befindet sich weiter in der Umsetzung, konkret erfolgen u. a. die Neugestaltung des Kirmesplatzes, die Voruntersuchungen des Sanierungsgebietes Märchenviertel, die Rahmenplanung für die Freiraumgestaltung Lilienthalstraße/Steinfurter Straße, der Beginn der Bauleitplanung und damit die Umsetzung des Wettbewerbsergebnisses Parkstraße/Ferdinandstraße.

Mit dem Zuschlag für die Förderung im Rahmen des Sonderprogramms „Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen“ wird die Aula der Elisabethschule mit einigen direkt angrenzenden Räumlichkeiten zu einem Begegnungszentrum bis Ende 2018 umgebaut. Neben den Baukosten von 1.150.000 € wird auch die personelle Begleitung dieser Maßnahme durch eine/n Sozialarbeiter/in mit 70 % (vom Land) bezuschusst.

Mit der sozialen Stadt Dorenkamp/Dutum und dem Rahmenplan Innenstadt (auf den ich gleich noch zu sprechen komme) gibt es 2 Leuchtturmprojekte der Stadtentwicklung.

Im Rahmen eines neuen Förderprogrammes Soziale Stadt besteht die Möglichkeit, auch andere Stadtteile in den Fokus der Entwicklung zu rücken.

Hier bietet sich der Schotthock mit seinen Entwicklungspotentialen an. Wir als Verwaltung, insbesondere Herr Gausmann, sondieren derzeit, ob und wie eine Kooperation im sozialen Bereich mit dem Kreis Steinfurt möglich sein wird, insbesondere mit dem Kommunalen Integrationszentrum und dem JOB-Center. Es wird Zeit für einen weiteren Leuchtturm rechts der Ems, für einen Leuchtturm im Schotthock.

Die Stadtbibliothek hat auch 2016 in bewährter Weise ihren Beitrag geleistet, die Innenstadt zu beleben. Fast 190.000 Besucher sind über das Rathauszentrum zur Bibliothek gekommen. Von der Kindergartengruppe bis zum Senior, vom Migranten ohne Deutschkenntnisse bis zum Akademiker – die Bibliothek bietet öffentlichen Raum für alle.

Die Stadtbibliothek schaut 2017 auf eine 80-jährige Geschichte zurück und auf 10 Jahre am Standort Rathaus-Zentrum. Das Jubiläumsjahr fällt in die Zeit der Aufwertung unserer Innenstadt (Rahmenplan Innenstadt). Die Stadtbibliothek hat neben ihren originären Aufgaben im Bildungs- und Kulturbereich eine wichtige Funktion als Frequenzbringer für das Rathaus-Zentrum und die Innenstadt.

Um besser planen zu können, wurde 2016 in Zusammenarbeit mit der EWG eine Befragung der Bibliotheksbesucher durchgeführt. Die Bibliothek wird sehr gut bewertet, einige Verbesserungsmöglichkeiten wurden von den Befragten aber auch genannt. Die gewonnenen Daten werden bei künftigen Entscheidungen herangezogen.

Die enge Zusammenarbeit, die die Stadtbibliothek bisher mit der Mathias-Hochschule gepflegt hat, wird mit der PraxisHochschule weitergeführt. 2017 wird sogar ein Kooperationsvertrag abgeschlossen werden, der die Zusammenarbeit auch formal regelt.

Die Bibliothekssatzung wird zum 1. Januar 2017 aktualisiert. Mit der neuen Satzung gelten auch neue, erhöhte Nutzungsgebühren. Als Serviceangebot wird es nun auch ein Lastschriftverfahren mit günstigeren Konditionen geben.

Im Bürgerbüro, dem Aushängeschild einer Kommune, werden gut 60.000 Besucherinnen und Besucher pro Jahr bedient. Seit Anfang 2016 werden diese Dienstleistungen in den umgebauten und renovierten Räumen des Alten Rathauses angeboten. Es ist wichtig, die Kundenzufriedenheit und die Qualität der Dienstleistungen sicherzustellen. Aber wir müssen auch die Auswirkungen auf unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berücksichtigen, die eine hohe Anzahl von Bürgerkontakten tagtäglich serviceorientiert und freundlich bewerkstelligt. Bei der Implementierung und Fortent-

wicklung des E-Government besteht hier – wie in der gesamten Verwaltung - noch Luft nach oben.

Das Bürgerbüro hat erhebliche Fallzahlenanstiege zu verzeichnen. So gibt es z. B. einen Anstieg bei den Namensänderungen um das Dreizehnfache zwischen dem ersten Halbjahr 2015 und dem ersten Halbjahr 2016, was insbesondere durch den Zuzug von Flüchtlingen bedingt ist.

Auch im Bereich des Standesamtes zeichnet sich ein Anstieg der Fallzahlen der verschiedenen Beurkundungen (z. B. Geburten, Sterbefälle) von knapp 20 % von 2014 auf 2015 ab. Schließung von Krankenhäusern und Geburtsstationen im Kreisgebiet führen hier zu einer Verlagerung nach Rheine. Wir sind aber froh, dass wir mit dem Mathias-Spital ein leistungsfähiges Krankenhaus in unserer Stadt haben.

Die Freiwillige Feuerwehr Rheine mit ihren über 230 ehrenamtlichen und ca. 70 hauptamtlichen Kräften deckt neben dem Bereich der Brandbekämpfung auch den des Rettungsdienstes ab; aber auch die technische Hilfeleistung und der vorbeugende Brandschutz stellen wichtige Aufgaben dar. All diese Leistungen stehen an 365 Tagen im Jahr und 24 Stunden täglich zur Verfügung.

Als Einwohner hofft man, dass ein Notruf bei der Feuerwehr nie erforderlich wird. Tritt aber ein solcher Notfall ein, erwartet jeder von uns einen schnellen und professionellen Einsatz. Es ist damit auch 2017 wieder eine große Herausforderung, die Sicherheit der Einwohner zu gewährleisten und gleichzeitig die Wirtschaftlichkeit der Leistungen zu berücksichtigen.

Die Fertigstellung des Neubaus des Feuerwehrgerätehauses rechts der Ems wird für April 2018 erwartet. Da es sich um eine kombinierte Feuer- und Rettungswache handelt, wird dort neben den Feuerwehrfahrzeugen auch ein Rettungswagen stationiert sein. Der erhebliche Anstieg der Einsatzzahlen im Rettungsdienst (ein Anstieg von 45 % in den letzten zehn Jahren) hat jedoch auch einen für uns positiven Aspekt, und zwar wird künftig – refinanziert über den Kreis durch die Sozialversicherungsträger – am Standort rechts der Ems auch ein Notarzteinsetzfahrzeug vorgehalten werden inkl. entsprechender personeller 12-h-Besatzung.

Folge: Für das neue Notarzteinsetzfahrzeug sind noch Umplanungen erforderlich und damit kommt es zu einer zeitlichen Verzögerung. Die medizinische Notfallversorgung rechts der Ems wird aber dadurch ganz erheblich verbessert. Weitere Investitionen wird es - wie auch in den vergangenen Jahren - bei den Feuerwehrfahrzeugen und -geräten geben. Nur so kann die Leistungsfähigkeit der Feuerwehr erhalten bleiben.

Wie bereits angekündigt, möchte ich auch auf den Rahmenplan Innenstadt zu sprechen kommen.

Mit der Umgestaltung des Busbahnhofes und des Umbaus der Münsterstraße befinden sich derzeit bereits zwei große Projekte des Rahmenplans Innenstadt in der Umsetzung.

Für 2017 sind u. a. der Umbau des zweiten Abschnittes der Münsterstraße, die Neugestaltung des Kettelerufers und die Planungsphase mit Bürgerbeteiligung zur Neugestaltung des Marktplatzes vorgesehen. Das während des gesamten Projektzeitraumes bis 2022 zur Verfügung stehende Hof- und Fassadenprogramm und der Verfügungsfonds ermöglichen die Förderung entsprechender Projekte von Bürgern.

Der Bauausschuss hat in seiner Sitzung am 15. September 2016 die Prioritätenliste für den Ausbau von Straßen für das Jahr 2017 und die Folgejahre beschlossen.

Zum Haushaltsplan 2017 wurde die Prioritätenliste grundlegend überarbeitet und die Projekte auf deren Umsetzbarkeit in den jeweiligen Jahren überprüft. Hierdurch und durch noch nicht abgeschlossene Projekte aus den Vorjahren wurde der Budgetbedarf – insbesondere für das Haushaltsjahr 2017 – deutlich reduziert.

Zur Umsetzung im Jahr 2017 sind u. a. folgende Projekte vorgesehen:

Straßen in neuen Siedlungsgebieten und Stadtstraßen:

- Edith-Stein-Straße (Hauenhorster Str. – Unterm Waldhügel)
- Hünenborgstraße (Neuenkirchener Str. bis Haus-Nr. 89)
- Industriestraße (Haus Nr. 25 – Neue Stiege)
- Irmtraud-Morgner-Straße
- Zeppelinstraße (Dutumer Str. – Neuenkirchener Str.)

Ausbau von Straßen in Gewerbegebieten:

- Gewerbegebiet Holsterfeld (zunächst Baustraßen)

Sonstige Projekte:

- P+R-Parkplatz Rheine Mesum
- Erneuerung Straßenbeleuchtung (gefördert durch das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz)

Projekte im Hochbau sind:

- Neubau der Feuerwehr rechts der Ems / Rettungswache, Fertigstellung voraussichtlich im April 2018
- Fortsetzung der Umbau- bzw. Ergänzungsbaumaßnahme an der Nelson-Mandela-Schule Sekundarschule der Stadt Rheine
Umsetzung der Brandschutzmaßnahmen für die Bodelschwingschule
- Erweiterung der Euregio-Gesamtschule um 6 Klassenräume und Nebenräume
- die weitere Umsetzung des Brandschutzprogramms mit einem Kostenvolumen von 200.000 € pro Jahr.

- das Programm der Bauunterhaltung einschließlich der Verteilung der Mittel für den Brandschutz wird voraussichtlich in der Sitzung des Bauausschusses am 24. November vorgelegt. Insgesamt werden für die Erhaltung der städtischen Gebäude 2,3 Mio. €, der Schulen rd. 830.000 € und für Handwerkerdienste rd. 750.000 € pro Jahr aufgewendet. Im Unterhaltungsaufwand ist auch die Umstellung der Beleuchtung auf LED in Turnhallen und im alten und neuen Rathaus enthalten. In den Jahren 2017 – 2020 sind hierfür Aufwendungen von insgesamt 950.000 € vorgesehen, die zu 90 % durch das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz bezuschusst werden.

Die Bauleitplanung für die General-Wever-Kaserne wird voraussichtlich durch den Aufstellungsbeschluss im Dezember 2016 eingeleitet und der Eigentumsübergang soll nach Möglichkeit noch in diesem Jahr erfolgen. Die Verhandlungen werden zurzeit mit der BImA geführt.

Das Projekt „Entwicklung General-Wever-Kaserne“ wird innerhalb der Verwaltung mit höchster Priorität zielstrebig verfolgt und eine Vermarktung durch die Stadt Rheine bietet für die Entwicklung unserer Stadt vielfältige Chancen. Die Stadt Rheine hat nur bei eigener Vermarktung die Chance, preisdämpfend auf den Grundstücksmarkt einzuwirken und maßgeblichen direkten Einfluss zu nehmen auf die Preisbildung, Vermarktung und die städtebaulichen Entwicklungen.

Der Preisanstieg bei der Vermarktung von privaten Grundstücken im Bereich Wohnpark Dutum macht deutlich, dass die Stadt Rheine zwingend am Grundstücksmarkt entsprechend dem Wohnbaulandkonzept teilhaben muss, um hier eine regulierende – preisdämpfende Wirkung zu haben. Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum für junge Familien.

Die Mitarbeiter der Stadtverwaltung verfügen über jahrelange und umfassende Kenntnisse und Erfahrungen in der Entwicklung und Vermarktung von Grundstücken und Baugebieten, freuen sich auf diese Aufgabe und sind hochmotiviert.

Im Baugebiet Mesum Nord kann die Stadt Rheine nach Abschluss der Erschließungsarbeiten (voraussichtlich Anfang 2017) 13 Wohnbaugrundstücke in einer Gesamtgröße von 7.100 m² zum Kauf anbieten und damit für eine weitere Entlastung des angespannten Grundstücksmarktes sorgen.

Die Grundstücksknappheit führt auch zu Preisanstiegen. Der Traum vom Eigenheim ist für viele Familien – trotz niedriger Zinsen - nicht finanzierbar. Auch durch den sozialen Wohnungsbau konnte in den vergangenen Jahren der notwendige Wohnraum nicht geschaffen werden. Um sowohl einkommensschwachen Familien ein Eigenheim zu ermöglichen, als auch den sozialen Wohnungsbau zu fördern, wurde zu 2017 die städtische

Wohnungsbauförderung überarbeitet. Hierüber werden wir noch später in dieser Sitzung beraten.

Die Bauleitplanung für das Gewerbegebiet Holsterfeld-Ost soll in der ersten Jahreshälfte 2017 zum Abschluss kommen, sodass die Realisierung des Gewerbegebietes gestartet werden kann.

Meine Damen und Herren,

zum Schluss meiner Haushaltsrede möchte ich noch zwei aktuelle Meldungen kommentieren, die im Lokalteil der MV am letzten Samstag zu lesen waren.

Musikschuleltern machen mobil, Online Petition zum Erhalt der bewährten Strukturen an der Musikschule Rheine! Man könnte meinen, wir wollen die Musikschule schließen.

Wer nicht in den Verdacht kommen will, nur Partikularinteressen zu vertreten, sollte sich zumindest die Mühe machen, sich einen Gesamtüberblick zu verschaffen.

Aber ich möchte jetzt nicht falsch verstanden werden: Ich begrüße ausdrücklich bürgerschaftlichen Einsatz, auch für einzelne Fragestellungen, aber ein wenig seriös sollte es dann doch zugehen.

Hier die Fakten:

Im jetzt vorgelegtem Haushaltsplanentwurf wird die städtische Musikschule einen Zuschussbedarf nach interner Leistungsverrechnung von 920.000 € haben.

Jeder Bürger dieser Stadt zahlt demnach 12,30 Euro für die Musikschule. Der Kostendeckungsgrad liegt bei knapp 35 %. Politisch beschlossenes Ziel ist eigentlich 50 %!

Die Stellen der ausgeschiedenen Mitarbeiterinnen im Bereich der Musikschule waren zu 75% nicht einmal im Stellenplan abgesichert, sodass die Abwicklung dieses Angebotes zukünftig über Honorarverträge lediglich ein Zurückführen auf das „alte“ Normalmaß ist.

Ich kann nicht erkennen, was daran eine Abkehr von bewährten Strukturen sein soll.

Der Eigenkapitalverzehr von über 100 Millionen Euro in den letzten 10 Jahren fordert, dass wir uns grundsätzlich in allen Bereichen nach Einsparmöglichkeiten umsehen.

Im Ergebnis gibt es bei der Musikschule nur 2 Stellschrauben, um den Zuschussbedarf zu reduzieren:

Die personellen Ausstattung und die Gebühren.

Wir haben uns schon mit beiden Ansätzen beschäftigt und werden Ihnen spätestens zum Haushaltsjahr 2018 einen Vorschlag unterbreiten. Keiner muss Angst haben, dass es unsere Musikschule besonders hart treffen wird, im Gegenteil. Ich bin persönlich überzeugt, dass dort sehr gute Arbeit geleistet wird. Bei der Diskussion werbe ich aber dafür, die Kirche im Dorf zu lassen.

Nun zur zweiten Meldung:

Vom ehrenamtlichen Fahrradbeauftragten wurden am Eröffnungstag der Emsgalerie Fotos von - zugegeben - wild parkenden Fahrrädern gemacht.

Wir sollten uns über den Traum-Start der Emsgalerie und über 40.000 Besucher am Eröffnungstag zunächst einmal alle freuen. So viel Leben in unserer Innenstadt hat es lange nicht gegeben. Wenn sich die Besucherzahlen „eingeschwungen“ haben, werden wir natürlich auch über weitere Fahrradstände reden – aber bitte nicht am Eröffnungstag.

Meine Damen und Herren,

diese zwei Beispiele machen deutlich, wovon wir in Zukunft in unserer Stadt mehr brauchen: Gelassenheit und positive Aufbruchstimmung.

Wir, d. h. Rat und Verwaltung, haben stets das Gemeinwohl im Blick zu nehmen. Und das Gemeinwohl ist eben mehr als die Summe aller Einzelinteressen.

In der vorletzten Ausgabe des Spiegels war ein sehr interessantes Interview mit dem Generalsekretär des Caritasverbandes, Georg Cremer, zu lesen. Es trug die Überschrift:

„Stoppt den Niedergangsdiskurs!“

Cremer fordert darin mehr Fakten und weniger Angst und spricht auch über die Grenzen des Sozialstaates. Ein Satz hat mir besonders gefallen: „Da muss sich eine gewisse bürgerliche Vernünftigkeit einstellen.“

Mehr Fakten, weniger Angst und bürgerliche Vernünftigkeit – dem schließe ich mich gerne für Rheine an. Nehmen wir stärker die positiven Seiten unserer Stadt in den Blick. Rheine hat viel zu bieten.

Lassen Sie uns gemeinsam mit einer vernünftigen Haushaltspolitik nach und nach Spielraum erarbeiten, aber jetzt keine Luftschlösser planen und bauen.

Nicht nur der Kämmerer, nicht nur der Bürgermeister, sondern der gesamte Verwaltungsvorstand wird das Thema Haushaltskonsolidierung auch in den nächsten Jahren mit einer gewissen Penetranz verfolgen. Ich würde mich freuen, wenn der Rat uns auf diesem Weg konstruktiv begleitet. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg!

Vielen Dank.